

## **Die Vereinigung von Cannstatt und Stuttgart im Jahre 1905**

von Kristina Rosenberger

105 Jahre ist es her, dass Cannstatt, früher eine der am dichtesten bevölkerten Oberamtsstädte Württembergs, von seinem Oberamtsbezirk abgetrennt und mit der Landeshauptstadt Stuttgart zu einem Gemeinwesen vereinigt wurde. Noch heute gibt es Stimmen, die rufen: „Cannstatt kann ohne Stuttgart, aber Stuttgart nicht ohne Cannstatt“. Obwohl viele Cannstatter Bürger ihrem letzten Oberbürgermeister Oskar von Nast „Verrat“ vorwarfen, weil er Cannstatts Eigenständigkeit geopfert hat, wurde er zum letzten Ehrenbürger der ehemaligen Oberamtsstadt am Neckar. Diesen Titel hat er sich aufgrund seiner dennoch erfolgreichen Verhandlungsführung im Vereinigungsverfahren verdient.

Die erste Phase des Vereinigungsprozesses der Königlichen Residenzstadt Stuttgart und der Oberamtsstadt Cannstatt handelt von den Verhandlungen um die Frage der Abtretung der Praggegend an Stuttgart. Problematisch war, dass der Stuttgarter Obstmarkt auf Cannstatter Markung stattfand, nämlich auf dem Areal des Nordbahnhofs. Die Händler hatten dadurch einen enormen wirtschaftlichen Nachteil zu verbuchen, da sie sowohl Gewerbesteuer an die Stadt Stuttgart und an Cannstatt Wandergewerbesteuer zu entrichten hatten. Seit Ende der 1890er Jahre wurden Verhandlungen geführt, die auf Abtretung der Praggegend an Stuttgart hinielen. Gescheitert sind diese Verhandlungen an der Entschädigungsfrage: Cannstatt hat sich letztendlich gegen die Abtretung des Gebiets entschieden, da man die Abfindungssumme betreffend auf keinen gemeinsamen Nenner gekommen ist. In Folge dessen kam erstmals der Gedanke einer Vereinigung auf. Hier beginnt die zweite Phase:

Bei der Stadtschultheissenwahl des Stuttgarter Oberbürgermeisters Heinrich von Gauss wurde dieser Gedanke erstmals öffentlich diskutiert, weil Gauss das Interesse an einem Zusammenschluss in seinem Wahlprogramm explizit erwähnt hat. In einem Bericht an das Ministerium aus dem Jahr 1899 spricht der Gemeinderat Stuttgarts genau dieses Interesse an und hebt hervor, dass es ein großer Missstand sei, dass der Nordbahnhof aus Cannstatter Markung liege. Des Weiteren wies der Gemeinderat, darauf hin, dass Stuttgart nur an einen Neckarkanal, während Cannstatt an 6km des Neckars, angrenzt. Eine Eingemeindung Cannstatts würde viele Vorteile mit sich bringen: Die Einführung des Schmutzwasserkanals in den Neckar wäre einfacher zu ermöglichen und natürlich hatte Stuttgart Interesse daran, dass das Neckarwasserwerk, das damals noch auf Cannstatter Gebiet lag, auch zu Stuttgart gehört. Ein weiterer Nachteil stellte das Schienennetz dar: alle 4 Hauptbahnen führten durch das Cannstatter Gebiet, insbesondere die Umgehungsbahn. Aufgrund der Lage am Neckar und der besseren Anbindung an das Schienennetz hatte Cannstatt erhebliche wirtschaftliche Vorteile. Zudem konnten die späteren Stadtteile Wangen und Untertürkheim nur gemeinschaftlich mit Cannstatt eingemeindet werden, da bis 1923 das Cannstatter Oberamt bestand. So sagte der Cannstatter Oberbürgermeister Oskar von Nast: Kommt der Vertrag mit Cannstatt nicht zustande, so würde die Eingemeindung von Untertürkheim und Wangen unmöglich gemacht.

Wenn die Menschen auch den Eindruck hatten die Eingemeindung sei für Stuttgart dringlicher, so hatte auch Cannstatt Interesse an einer Eingemeindung. Die Städte Stuttgart und Cannstatt hätten viele gemeinsame wirtschaftliche Interessen, die nur

durch gemeinsames Vorgehen bestmöglich gefördert werden können, so Oberbürgermeister Nast in einer Stellungnahme die Eingemeindungsfrage betreffend.

Obwohl die Verwaltungsspitzen beider Städte die Eingemeindung befürworteten entfachten heftige Proteste gegen den Zusammenschluss seitens der Cannstatter. In nahezu allen Kreisen, Gesellschaften und Vereinen bildeten sich Gruppierungen für und gegen das Vorhaben die Oberamtsstadt Cannstatt und die Königliche Residenzstadt Stuttgart zu vereinen. Entgegen des aufgestellten Grundsatzes die politischen Parteien sollen sich einer Stellungnahme enthalten fand eine sozialdemokratische Versammlung statt in der der Cannstatter Gemeinderat Bossert gegen die Eingemeindung wirkte. Im Kursaal fand aufgrund der heftigen Diskussionen schließlich eine allgemeine Bürgerversammlung im Cannstatter Kursaal statt und es ergab sich eine Mehrheit für den Zusammenschluss. Dies hatte zur Folge, dass dieser, auch wenn die Vereinigungsphase noch einige Zeit dauern sollte, sicher war.

In den folgenden Jahren ergaben sich viele Meinungsverschiedenheiten bis die gegenseitigen Bedingungen seitens der Stuttgarter und seitens der Cannstatter ausgeglichen waren. So kam die Stuttgarter Verwaltungsspitze den Cannstatter Forderungen einer weiterhin bestehenden örtlichen Verwaltung in Cannstatt, der Fortführung der Sanierung der Altstadt, dem Bau von Schulgebäuden und der Erstellung eines neuen Friedhofs auf dem Steinhaldenfeld, nach. So konnte am 1. April 1905 die Vereinigung gefeiert werden.

Gefeiert wurde allerdings nur in Stuttgart. Zusammen mit der Einweihung des neuen Rathauses fanden Vereinigungsfeierlichkeiten statt. In Cannstatt gab es am besagten Tag im April keine wehende Fahne, keine noch so kurze Rede, keine schmetternde Musik und kein noch so gelungenes Lied in Cannstatt. Nüchtern wurde die politische und geschichtliche Selbstständigkeit Cannstatts zu Grabe gebracht.